

Wirtschaftsdemokratie - Zielbegriff einer alternativer Wirtschaftspolitik

Kritische Bilanz und Aktualität nach 40 Jahren

Fritz Vilmar

Berlin, 2000

1. Aktualität

Die globale Funktionsunfähigkeit der kapitalistischen Marktwirtschaft tritt nach dem Ende der Nachkriegskonjunktur, also seit Mitte der siebziger Jahre, immer destruktiver zutage. Ihre zerstörerische Wirkung hat drei Haupt-Dimensionen: die Erzeugung einer zunehmenden Massenarbeitslosigkeit (1998: 36 Millionen registrierte Arbeitslose allein in der OECD-Ländern), die schleichende, aber vielfach schon offenkundige, weltweite Zerstörung der Umwelt und die Erzeugung einer immer unerträglicher werdenden - übrigens volkswirtschaftlich völlig kontraproduktiven - zunehmenden Ungleichverteilung des gesellschaftlichen Reichtums - national und international. Von den indirekten, ebenfalls gravierenden Destruktionsprozessen: der konzernpolitischen Durchkreuzung demokratischer Entscheidungsprozesse und der zunehmenden kommerziellen Durchdringung fast aller persönlichen Lebensbereiche ganz zu schweigen.

In krassem Widerspruch zu diesem Tatbestand globaler kapitalistischer Destruktivität steht die vorherrschende Handlungsschwäche sozialkritischer/sozialprogressiver Akteure, - nicht zuletzt aufgrund des Mangels einer konsistenten alternativen Wirtschaftstheorie. Und dies in einer Situation, die dringend eine umfassende volkswirtschaftliche Alternative - einen grundlegenden Paradigmenwechsel - erfordert. Zwar ist anzuerkennen, daß das Berliner Grundsatzprogramm der SPD von 1989 wesentliche - sich explizit als "wirtschaftsdemokratisch" profilierende - Grund-Sätze für eine solche alternative Wirtschaftstheorie enthält; leider hat das Übergewicht der Rechten in der SPD seither dafür gesorgt, daß dieses Programm so gut wie unbekannt und jedenfalls theoretisch unbelichtet geblieben ist.

2. Wirtschaftsdemokratie - der angemessene Begriff einer alternativen Wirtschaftspolitik

Im folgenden möchte ich zeigen, daß und wieso eine aktualisierte und zuendegedachte Theorie der Wirtschaftsdemokratie der angemessene, integrative Begriff der so dringend erforderlichen alternativen Wirtschaftspolitik ist.[\[1\]](#)

2.1. Ursachen für das Fehlen einer alternativen Theorie der Wirtschaftspolitik

Zu diesem Zweck muß vorab wenigstens in Kürze die Frage beantwortet werden, warum die Linke (Linksliberale, Grüne, Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten) im Laufe des zwanzigsten Jahrhunderts trotz der zunehmenden substantiellen Defizite der kapitalistischen Marktwirtschaft nicht zu einem einigermaßen geschlossenen, plausiblen ökonomischen Gegenkonzept gelangt ist - vom theoretischen Ansatz J. M. Keynes' abgesehen, der zu Unrecht nur als antizyklischer Interventionist angesehen wird[\[2\]](#). Die weitgehende linke Orientierungs- und Konzeptionslosigkeit hat im wesentlichen folgende Ursachen:

- Das Scheitern der marxistisch-leninistischen Umgestaltungshoffnungen in Industrieländern (denn diese Hoffnungen basierten auf einer nicht eintretenden revolutionären Zuspitzung der Klassengegensätze, der

nach dem "Sieg des Proletariats" folgenden "Expropriation der Expropriateure" (Marx) und einer genossenschaftlichen Neuordnung der Unternehmen auf der Grundlage einer zentralen Planung und Lenkung der Wirtschaft);

- das Scheitern der marxistisch/leninistischen Umgestaltungsmodelle in vorindustriellen Ländern, in denen Parteidiktatur und Zentralverwaltungswirtschaft ohne demokratische Basis und marktwirtschaftliche Feinsteuerung zu unfreiheitlichen und weithin ineffektiven politisch-ökonomischen Strukturen führten, die keine positive Alternative zum Kapitalismus lieferten, sondern im Gegenteil dessen Alternativlosigkeit zu beweisen schienen ("Alle Wege des Sozialismus führen nach Moskau");
- der Ausbau des demokratischen Sozialstaates und der gewerkschaftlichen Tarifpolitik in den kapitalistischen Demokratien, die trotz hoher - seit 1975 zunehmender - Massenarbeitslosigkeit und eklatanter Einkommensungerechtigkeit Mehrheiten den Eindruck vermitteln, sich mit dem System - vor allem angesichts der negativen "realsozialistischen" Alternative - abfinden zu können; dann aber
- seit Ende der siebziger Jahre eine Erosion aller sozialstaatlichen und speziell auch der wirtschaftsdemokratischen Einrichtungen und Zukunftsentwürfe als Folge der anhaltenden Stagnationskrise und der ihr folgenden Renaissance des Wirtschaftsliberalismus in Praxis und Theorie auf der Basis konservativer Regierungen (1982-1998).

Angesichts dieser sozialgeschichtlichen Entwicklung im zwanzigsten Jahrhundert und der Verstärkung der Marktwirtschafts-Ideologie durch die Meinungsbildung der kapitalistisch dominierten Massenmedien und Universitäten verloren die programmatisch führenden Kräfte der Linken zunehmend die intellektuelle Kraft und den sozusagen anti-populistischen Mut, vorhandene wirtschaftsdemokratische oder auch nur keynesianistische Alternativen aufrecht zu erhalten oder gar zu einem Gesamtkonzept weiterzuentwickeln. Der Sozialliberalismus eines Blair, Jospin[3] und Schröder wie auch der Grünen[4], aber auch der Gewerkschaften[5] reduzieren die demokratisch-sozialistische Tradition auf minimale Steuerreform-Zusagen und beschäftigungspolitische ad-hoc-Programme; im übrigen bemüht er sich um das Image, den Kapitalismus nur besser zu verwalten, ihn "innovativ" fördern zu können und seine Profitancen eher noch zu verbessern, falls als "Gegengabe" auch nur die minimalsten Zusagen gegeben werden, Arbeitsplätze zu schaffen. (Eine Hoffnung, die das Unternehmertum selbst den noch bedenkenloser prokapitalistisch agierenden Konservativen nicht erfüllen konnte.[6])

2.2. Notwendige Vorreiterfunktion kritischer Sozialwissenschaft: Die Wiederaneignung des Wirtschaftsdemokratie-Konzepts

Trotz dieser weithin orientierungs- und konzeptionslosen Situation herrscht zum Glück keine totale wirtschaftstheoretische Sonnenfinsternis im Mitte-Links-Spektrum: Ökonomen wie Karl Georg Zinn und Rudolf Hickel (im Verbund mit der "Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik", AAW) haben nicht aufgehört, auf der Linie von J.M. Keynes seit vielen Jahren die möglichen Strategien eines demokratischen Staatsinterventionismus weiterzuentwickeln und zu publizieren; die seit 1975 jährlich erscheinenden "Memoranden" des AAW haben sich inzwischen eine beachtliche öffentliche Reputation erworben.

Aber Staatsinterventionismus plus Unterstützung progressiver gewerkschaftlicher Tarifpolitik genügen nicht mehr angesichts des totalen Versagens des Marktradikalismus. Zu fordern ist eine wissenschaftliche Wiederaneignung und Fortentwicklung des Wirtschaftsdemokratie-Konzepts: weil nur so das Konzept einer "Alternativen Wirtschaftspolitik" auf einem umfassenderen und demokratietheoretisch fundierten Niveau entwickelt werden kann, das zugleich die progressive Theorie aus der Geschichtsvergessenheit befreit und ihr ermöglicht, an eine hundertjährige

Theoriearbeit der evolutionären Transformation von Marktwirtschaft und Kapitalismus wiederanzuknüpfen; deren Ergebnisse wurden 1928 zum ersten Mal unter dem Zielbegriff "Wirtschaftsdemokratie" zusammengefaßt[7] und fanden 50 Jahre später eine wesentlich umfassendere systematische Darstellung.[8]

Dieser umfassende Begriff von Wirtschaftsdemokratie war nicht von Anfang an - wie die Pallas Athene aus dem Haupt des Zeus - vollendet, nicht abschliessend ausgebildet, sondern hat sich geschichtlich entwickelt, durchaus unabgeschlossen. Seine jüngste Konkretion hat er gefunden durch die Zielbestimmung der Umweltverträglichkeit, als *ökologische* Wirtschaftsdemokratie.[9] Gleichwohl läßt sich eine geschichtlich und systematisch angemessene, intentionale Definition formulieren:

Wirtschaftsdemokratie ist der Inbegriff aller ökonomischen Strukturen und Verfahren, durch die an die Stelle autokratischer Entscheidungen demokratische treten, die durch die Partizipation der ökonomisch Betroffenen und/oder des demokratischen Staates legitimiert sind.

Wirtschaftsdemokratische Strukturen und Verfahren in diesem Sinn haben Lösungen zu finden für die drei wesentlichen Inhumanitäten der vorhandenen Ökonomie,[10]

- Existenzunsicherheit
- Psycho-physisches Arbeitsleid - und
- Fremdbestimmung,

und zwar auf der *Makroebene* der Volks- bzw Europawirtschaft, auf der *Mesoebene* der Unternehmensleitungen und auf der *Mikroebene* des einzelnen Betriebes und des Arbeitsplatzes. Die Theorie der Wirtschaftsdemokratie umfaßt daher Maßnahmenbündel, die im folgenden erläutert werden und vorab in einer Übersicht zusammengefaßt werden sollen.

3.Wirtschaftsdemokratische Theorie-Entwicklung seit 1961

3.1. Das "klassische" Konzept

Das in dem Tableau präsentierte dreistufige Konzept formulierte zum ersten Mal der Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, 1960 in seinem Grundsatzreferat auf dem IGM-Gewerkschaftstag, als er die "Wirtschaftspolitischen Grundsätze" des DGB-Programms wie folgt zusammenfaßte:

Es "soll ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem aufgebaut werden, in dem *alle* Bürger an der ... Gestaltung der Wirtschaft...gleichberechtigt teilnehmen können...Das Grundsatzprogramm von 1949 hat zur Gestaltung dieser Neuordnung drei Forderungen in den Mittelpunkt gestellt:

- die volkswirtschaftliche Gesamtplanung,
- die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum und
- die Mitbestimmung der Arbeitnehmer.[11]

Da mit dieser programmatischen Aussage eine systemadäquate Benennung der wichtigsten Strategien auf der Makro-, der Meso- und der Mikro-Ebene der ökonomischen Entscheidungsprozesse erfolgt war, wurden sie in der folgenden theoretischen Diskussion übernommen. Es gab, wie zu zeigen, wichtige Ergänzungen und Differenzierungen; aber im Kern ist nach wie vor von diesen "klassischen", unverzichtbaren Prinzipien der Wirtschaftsdemokratie

auszugehen, auf deren wichtigste Detailforderungen und -probleme im folgenden zu verweisen ist; gegenüber der Brennerschen wurde eine etwas differenziertere Begriffsbildung entwickelt:

1. Demokratische Rahmenplanung und Investitionslenkung;
2. direkte und indirekte Kontrolle wirtschaftlicher (unternehmerischer) Macht;
3. Mitbestimmung der Arbeitenden auf allen Ebenen. [\[12\]](#)

Theorie der Wirtschaftsdemokratie: Integration der Teilkonzepte im Überblick

		<ul style="list-style-type: none"> - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen auf der nationalen u. der EU-Ebene - Sozialökologische Rahmenplanung - Schwerpunkt Arbeitszeitplanung - Globalsteuerung - soziale und ökologische Steuer- u. Investitionspolitik - Europawirtschaft als Alternative zur destruktiven Globalisierung - Ausbau des Kartellrechts
<p>Auf der Makroebene</p>	<p>Ziel: Eine vollbeschäftigte Kreislaufwirtschaft</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Demokratisierung der Unternehmensverfassung; - Ausbau der Gemeinwirtschaft; - Förderung der Genossenschaften und Belegschaftsunternehmen; - Tarifpolitik/Gesetzgebung für optimale Einkommens- u. Vermögensbeteiligung
<p>auf der Mesoebene</p>	<p>Ziel: Demokratische Kontrolle und Partizipation in der Unternehmenspolitik</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Mitbestimmung der Betriebs- u. Personalräte in personellen, sozialen und arbeitsorganisatorischen Fragen - Mitbestimmung am Arbeitsplatz - Humanisierung der Arbeit - Tarifverträge oder Betriebsvereinbarungen über Arbeitsaufgabenerweiterung, insbesondere teilautonome Gruppen - ergonomische Standards - mitbestimmte Teilzeitarbeit etc.
<p>auf der Mikroebene</p>	<p>Ziel: Partizipative Gestaltung des Arbeitsprozesses</p>	

3.2. Konzeptionelle Ergänzungen seit den siebziger Jahren

In den siebziger Jahren sind auf der Mikroebene der *Mitbestimmung*, also der Durchsetzung einer partizipativen statt autoritären Arbeitsorganisation, Zielsetzungen und praktikable Modelle einer Mitbestimmung am Arbeitsplatz, vor allem aber einer *Humanisierung der Arbeit*, hinzugekommen. Dies stellt einen qualitativen konzeptionellen Sprung dar, denn zuvor hatten auch die Gewerkschaften nur geglaubt, daß man die *Rahmenbedingungen* des Arbeitsprozesses durch Gesetze, Tarife und Mitbestimmungsgremien humanisieren könnte, während die inhumanen Strukturen der Arbeit selbst, unter dem Diktat der maschinisierten "repetitiven Teilarbeit", sachzwanghaft unabänderlich seien, damit autoritär und monoton.

Seit den achtziger Jahren traten auf der Mesoebene und der Makroebene die Forderungen und verschiedenen Strategien einer *grundlegenden ökologischen Neuorientierung der Unternehmens- und Wirtschaftspolitik* sowie einer *systematischen Arbeitsmarktplanung* (Umverteilung der Arbeitszeit und Zweiter Arbeitsmarkt) hinzu, mit der Zielvorstellung einer "ökologischen Kreislaufwirtschaft".

Die Grundwertekommission der SPD hat diese beiden zusätzlichen Prinzipien seinerzeit wie folgt zusammengefaßt:

"Angesichts zunehmender ökologischer Krisen und der Gefahr langfristiger Arbeitslosigkeit kommt es darauf an, eine Wirtschaftsordnung zu fördern, die den beiden Zielen der Vollbeschäftigung und des ökologischen Gleichgewichts gerecht wird. (...) Wir müssen langfristig eine Wirtschaft anstreben, in der nicht mehr an Energie und Ressourcen verausgabt wird, als durch Regeneration und ökologisch verantwortbare Innovation wiederhergestellt werden kann. Zur Wiederherstellung von Vollbeschäftigung ist es zugleich notwendig, (...) die Arbeitszeit systematisch zu reduzieren. (...) Damit wird die traditionelle Kapitalismuskritik der Arbeiterbewegung nicht beiseite geschoben, sie wird um eine bislang vernachlässigte Dimension erweitert. Zur Anklage wegen der inhumanen Krisen-, Ausbeutungs- und Entfremdungstendenzen kommt die Anklage wegen der existenzbedrohenden Plünderung unseres Planeten hinzu. Diese Kritik trifft freilich nicht nur die kapitalistischen, sondern ebenso die staatswirtschaftlichen Industriesysteme".[\[13\]](#)

Gleichzeitig trat seit Ende der siebziger Jahre eine bis dahin völlig vernachlässigte Form der Wirtschaftsplanung, die *Arbeitsmarktplanung und dabei insbesondere die Arbeitszeitplanung*, zunehmend in den Vordergrund: Die wenigstens im Mitte-links-Spektrum der ökonomischen Theorie- und Strategiediskussion wachsende Erkenntnis, daß seit Mitte der siebziger Jahre die ökonomischen Wachstumsraten nicht mehr ausreichen würden, die durch die anhaltende Rationalisierung (Produktivitätssteigerung) überflüssig werdenden Arbeitskräfte anderweitig zu beschäftigen, führte zu der Einsicht, daß erstens eine systematische *Umverteilung der Arbeit, also Arbeitszeitverkürzung in verschiedenen Formen*, und zweitens Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) in großem Stil planmäßig eingesetzt werden müssen, um der zunehmenden Massenarbeitslosigkeit Herr zu werden. Karl Georg Zinn war einer der ersten, der eine planvolle Arbeitszeitpolitik ausdrücklich thematisierte und einen Sammelband zur Arbeitsmarktpolitik herausgab; das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB) lieferte wichtige Planungsunterlagen.[\[14\]](#)

Seit dem Ende der siebziger Jahre wurde im Gefolge der "Alternativbewegung" auch die älteste Struktur der Wirtschaftsdemokratie wiederentdeckt: *die Genossenschaft*. Es entwickelte sich eine große Anzahl gemeinschaftlicher Arbeits- aber auch Lebensformen.[\[15\]](#) Allerdings waren diese wesentlich weniger stabil und formal durchorganisiert als seinerzeit - und heute noch in den

romanischen Ländern - die Kooperative der Arbeiterbewegung, die mit ihren Produktions- und Konsumgenossenschaften in England geradezu die Theorie-Basis der wirtschaftsdemokratischen Avantgarde: der Fabian Society,[\[16\]](#) schuf und noch in Naphtalis Darstellung[\[17\]](#) ein konstitutives Element der "Demokratisierung der Wirtschaft" ausmachten. Ironischerweise hat uns die deutsche Vereinigung, die ansonsten mit dem "Beitrittsverfahren" nicht nur das "Realsozialistische", sondern auch alles Sozialistische im Osten liquidiert hat, in Gestalt der durchaus funktionstüchtigen Agrargenossenschaften[\[18\]](#) wieder einen kleinen "regelrechten" wirtschaftsdemokratischen Sektor beschert.

3.3. Rückwärtsentwicklung seit der weltwirtschaftlichen Stagnation

Insgesamt ist seit Ende der siebziger Jahre - abgesehen von der wichtigen theoretisch-programmatischen Wende zum "ökologischen Umbau der Wirtschaft" - eine Stagnation und sogar ein gravierender Rückschlag in der Theorie und Praxis der Wirtschaftsdemokratie zu konstatieren. Auslöser dieser Rückwärtsentwicklung war - wie für die gesamte sozialpolitische Entwicklung der westlichen Demokratien! - die anhaltende weltwirtschaftliche Stagnation mit ihren verheerenden Folgen seit 1975: Die Normalisierung der ökonomischen Wachstumsraten bei 1 - 3 Prozent (nach der Rekonstruktionskonjunktur 1949-1974) führte, bei anhaltender Produktivität der Arbeit und fehlender systematischer Umverteilung/Reduzierung der Arbeitszeit,[\[19\]](#) zu rapide steigender Arbeitslosigkeit. Die hiermit verbundene Schwächung der Gewerkschaften, der tarifpolitische Immobilismus und die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit schlug sich bei sinkenden Steuereinnahmen in sprunghaft steigender Staatsverschuldung nieder, diese wiederum zog ineins mit der konservativen Angebots- und "Standorts"-Ideologie, eine schleichende Demontage sozialstaatlicher Leistungen nach sich. Und dieser - nicht nur - "deutsche Herbst" führte zu einem Erlahmen aller sozialstaatlichen, sozialdemokratischen Fortschrittsimpulse und zu einem Schrumpfen der Wählerbasis und infolgedessen zu jener 16-jährigen konservativen Herrschaft, die es wagen konnte, die anhaltenden Sozialstaatsabbau-Maßnahmen als "Reformen" im Interesse der Sicherung des "Standorts Deutschland" zu verkaufen. An die Stelle ihres eigenen 49er Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft trat ein neoliberaler "Marktradikalismus" - an Fortschritte wirtschaftsdemokratischer Art, z.B. durch Weiterentwicklung der Mitbestimmungsgesetzgebung, der Globalsteuerung oder einer - lebensnotwendig gewordenen - Arbeitszeitplanung wollte niemand mehr denken.

Dabei spielte und spielt die programmatische Selbstaufgabe der deutschen Gewerkschaften eine besonders schmachvolle Rolle. Diese begann mit dem Ausverkauf des - gewerkschaftseigenen - größten westdeutschen Gemeinwirtschaftskomplexes, erzwungen durch das Finanzierungsdesaster der Neuen Heimat,[\[20\]](#) das aber nicht etwa zu einer kritischen Neu-Durchdenkung des so wichtigen Gemeinwirtschaftskonzepts führte. Vielmehr hatten führende Funktionäre nichts Eiligeres zu tun, als sich von der Idee selbst loszusagen: Die Gemeinwirtschaft, so schrieb der IG Metall-Vorsitzende Steinkühler in der Monatszeitschrift seiner Gewerkschaft (Der Gewerkschafter 1/87), habe "ihre reale Grundlage schrittweise verloren". Es sei notwendig über den "Abschied von der gemeinwirtschaftlichen Ideologie (!) nachzudenken". Und der DGB-Vorsitzende Breit stellte fest, die Affäre um die Neue Heimat habe gezeigt, "die Doppelfunktion, einerseits Gegenpart der Unternehmer (...) zu sein, andererseits selbst große Unternehmen zu führen, (...) ist zumindest unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen nicht durchzuhalten". (Die Welt v. 14. Jan. 1987). Einige Jahre später setzten dann die deutschen Gewerkschaften mit der Tilgung fast aller wirtschaftsdemokratischen Zielsetzungen ihren Weg in den gesellschaftspolitischen Konservatismus fort.[\[21\]](#)

3.4. Mitbestimmung am Arbeitsplatz - teilautonome Arbeitsgruppen

Der einzige, freilich sehr indirekte Fortschritt, den Praxis und Theorie der Wirtschaftsdemokratie in den neunziger Jahren verzeichnen konnten, vollzog sich auf der Mikro-Ebene der Arbeitsorganisation. Nachdem verschiedene deutsche Unternehmen sich in bestimmten Produktionsbereichen von der Fließbandarbeit abwandten und flexiblere Produktions- oder Montageprozesse mit kleineren Arbeitsgruppen und erweiterten Arbeitsaufgaben einrichteten, wurde dieses arbeitsorganisatorische Konzept der "Gruppenarbeit" von Soziologen der Metallgewerkschaft aufgegriffen.[22] Betriebs- und Tarifpolitiker dieser Gewerkschaft haben seitdem versucht, durch "Regelungsvorschläge" Chancen der Arbeitshumanisierung und Mitwirkung am Arbeitsplatz mit Hilfe von Betriebsvereinbarungen und Tarifverträgen zu eröffnen. Ähnliches geschah im Sinne einer gewerkschaftlichen Einflußnahme bei der Einrichtung von "Qualitätszirkeln" nach japanischem Vorbild. Demgemäß heißt es in den tarifpolitischen Leitlinien "Tarifreform 2000":

"Die Vereinbarung von mehr demokratischen Beteiligungsrechten für die einzelnen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird auch deswegen notwendig, weil einige Unternehmen sogenannte Beteiligungsstrategien in Form von Qualitätszirkeln oder Werkstattzirkeln forcieren, die bei Arbeitnehmern eine gewisse Akzeptanz finden. Eine konsequente Ablehnung dieser Beteiligungsstrategien ist letztlich nicht sinnvoll(!). Eine reale Alternative stellen Konzepte wie die 'Mitbestimmung am Arbeitsplatz' dar, bei denen die demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates nicht unterlaufen, sondern ergänzen." [23]

4. Konkretisierungen

Nach dieser Bilanz der Fortschritte und Rückschritte in der Theorie und Praxis der Wirtschaftsdemokratie in der zweiten Hälfte dieses Jahrhundert sollen im folgenden einige zentrale wirtschaftspolitische Instrumente des Systems etwas genauer beleuchtet und auf deren monographische Behandlung hingewiesen werden; im Rahmen dieses Aufsatzes kann das freilich nur sehr knapp, im Sinne einer Beleuchtung der wichtigsten Teilstrategien geschehen, die die intensive Beschäftigung einer künftigen, noch weiter ausgreifenden "Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik" erfordern. Vorab aber sind zwei grundsätzliche Hinweise zur (künftigen) Theoriearbeit notwendig: Erstens ist grundlegend die ideologiekritische theoretische „Verortung“ der Wirtschaftsdemokratie als „Dritter Weg“ *jenseits* der dichotomischen Positionen von Markt- oder Planwirtschaft, und zweitens sollte jede wirtschaftsdemokratie-theoretische Ausarbeitung dieses „Dritten Weges“ aufbauen auf der gewaltigen wirtschaftswissenschaftlichen Vorleistung, die Ota Sik und seine Mitforscher Ulrich Gärtner und Peter Luder in zwei - zusammengehörenden - Werken (von 800 und 1000 Seiten!) zur Theorie der Wirtschaftsdemokratie realisiert haben.

4.1. Theoretische „Verortung“: der „Dritte Weg“

Wirtschaftsdemokratie ist *kein* Gegenkonzept zur Marktwirtschaft. Sie hebt vielmehr die Errungenschaften der Marktwirtschaft in sich auf, wie eine moderne Stadtplanung und -architektur die Ästhetik alter Stadtkerne in sich bewahrt, ohne deren erstickende Enge und Beschränkung durch Festungsmauern beizubehalten. Warum sollte für die Wirtschaftsgestaltung nicht endlich anerkannt

werden, was für den Städtebau längst zur Selbstverständlichkeit geworden ist: Integration der "guten" alten in eine erweiterte, funktionstüchtigere, also bessere neue Stadtstruktur?

Wirtschaftsdemokratie, das heißt: primär gemeinwohl- statt profitorientierter Gestaltung der Wirtschaft, beinhaltet ein sozialstaatliches Transformationskonzept, das die Aufhebung der strukturellen kapitalistischen Instabilität, Disfunktionalitäten, Inhumanitäten und Oligarchien nicht verwirklichen zu können glaubt durch einige "totale" revolutionäre Eingriffe (Totalsozialisierung; Totalplanung), sondern durch einen Prozeß begrenzter, differenzierter Umgestaltung nach dem Prinzip der "mixed economy" - Erhaltung (sogar Wiederherstellung!) funktionsfähiger marktwirtschaftlicher Dispositionsräume - aber Ergänzung, Veränderung, Ersetzung und gemeinwohlorientierte Steuerung von marktwirtschaftlichen Systemelementen durch die oben schon genannten Strategien und Systemelemente einer volkswirtschaftlichen Rahmenplanung und Investitionslenkung einschließlich planvoller Arbeitsmarktpolitik, demokratische Kontrolle unternehmerischer Macht (besonders der multinationalen Konzerne) und Mitbestimmung der Beschäftigten auf den Entscheidungsebenen des Betriebs und des Unternehmens.

4.2. Eine grundlegende theoretische Leistung Ota Siks

Der auf diese Weise intendierte „Dritte Weg“ ist in einer großen theoretischen Gemeinschaftsleistung ausgearbeitet worden. Die theoretische Selbstbeschränkung, die das hier von mir vorgelegte historische und systematische Resümee sich auferlegen muß, bedeutet also nicht, daß theoretische Arbeiten nur zu den genannten und zu nennenden *Einzel*komplexen existieren. Vielmehr haben Ende der siebziger Jahre der führende Ökonom des Prager Frühlings, Ota Siks, und seine Mitarbeiter einen außerordentlich umfassenden und detaillierten Entwurf einer Theorie der Wirtschaftsdemokratie vorgelegt.[\[24\]](#) Die drei Forscher haben gerade die umstrittenen und schwierigen Funktionsprobleme einer sowohl effektiven wie sozialen Synergie von Plan und Markt, eines nicht bürokratisch-etatistischen und durch „Expropriation“ exekutierten Übergangs vom Privat- zum Gemeineigentum an den großen Produktionsmitteln etc. gründlich untersucht und konkrete, innovative Lösungsvorschläge formuliert. So werden u.a. *en detail* entwickelt: die Notwendigkeit eines funktionierenden (ohne Wirtschaftsdemokratie aber asozial wirkenden) Marktes; die komplizierten, aber durchaus praktikablen Verfahren, um kapitalistische Marktsteuerung und demokratische Plansteuerung kompatibel zu machen; die Notwendigkeit, zur demokratischen Entscheidungsvorbereitung *alternative* Planungsvarianten zu entwickeln; die schrittweise Verwandlung der reinen Kapitalgesellschaften in „Mitarbeitergesellschaften“ durch Kapitalbeteiligung der Beschäftigten bei gleichzeitiger „Kapitalneutralisierung“[\[25\]](#); die notwendigen und sinnvollen Formen der Partizipation von Beschäftigten und einer Humanisierung der Arbeit.

Im folgenden präzisiere ich die wichtigsten Teilstrategien.

4.3. Demokratische Rahmenplanung, Investitionslenkung und Arbeitsmarktpolitik

In der politischen und oft sogar in der Programmdiskussion wird Wirtschaftsdemokratie nicht selten mit Mitbestimmung der Arbeitenden gleichgesetzt - ein folgenschwerer Kurzschluß. Denn Mitbestimmung und andere Formen demokratischer Partizipation und Kontrolle wirtschaftlicher Macht können nur dann zu einer Demokratisierung der unternehmerischen Entscheidungsbildung in einem gesamtwirtschaftlich und -gesellschaftlich vernünftigen Sinne führen, wenn sie an bestimmte volkswirtschaftliche und ökologische, also gesamtgesellschaftliche Orientierungsdaten gebunden

sind. Wesenselement einer stabilen, umweltgerechten, an den Bedürfnissen der Konsumenten und der Gesellschaft orientierten Volks- und Europawirtschaft muß daher eine volkswirtschaftliche *Rahmenplanung*, eine Politik indirekter und/oder direkter *Investitionslenkung* und eine planvolle *Arbeitsmarkt- und Arbeitszeitpolitik* sein.

Die volkswirtschaftlichen Steuerungsinstrumente wurden bereits 1963 im DGB-Grundsatzprogramm präzise definiert:

”Der Wirtschaftsprozess ist durch eine differenzierte Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung überschaubar zu machen, so daß die Geld- und Güterströme innerhalb der Wirtschaft und zwischen dem In- und Ausland sichtbar werden und die voraussichtlichen Auswirkungen bestimmter Einkommens- und Ausgabenänderungen beurteilt werden können.

Aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist der Rahmenplan in Form eines Nationalbudgets zu entwickeln. Es enthält die Zielsetzung für die Entwicklung der Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitraum. An seiner Vorbereitung ist der Deutsche Gewerkschaftsbund zu beteiligen. Die Richtlinien eines solchen Nationalbudgets sind für die Organe der staatlichen Wirtschaftspolitik verbindlich. Sie geben die notwendigen Orientierungsdaten für die eigenen freien Entscheidungen in den Wirtschaftsbereichen und den Einzelwirtschaften.”[\[26\]](#)

Bei der Realisierung der Rahmenplanung (Nationalbudget) spielen die indirekten Beeinflussungsmöglichkeiten der Privatwirtschaft durch öffentliche Finanz-, Steuer-, Regional- und Investitionspolitik (samt ”deficit spending”) eine wichtige, aber zur wirksamen demokratischen Wirtschaftssteuerung nicht ausreichende Rolle.

Daher ist zusätzlich eine Politik der - unter anderem auch: antizyklischen - *Investitionslenkung* erforderlich. Diese betrifft erstens die *öffentlichen* Investitionen, deren zusammengefaßter, je nach Konjunkturverlauf zurückhaltender oder forcierter Einsatz (mit ”deficit spending”) erstmalig im sogenannten Stabilitätsgesetz[\[27\]](#) - dem ersten Globalsteuergesetz der Bundesrepublik - normiert wurde. Sie ist ein Hauptinstrument der Rahmenplanung. Dies gilt aber zweitens auch für die Lenkung der privatwirtschaftlichen Investitionen durch staatliche, unter Umständen regional und sektoral gezielte Kredit- und Steuerpolitik, durch Veröffentlichung präziser sektoraler Bedarfs- und Nachfragevoraussetzungen, und notfalls durch Formen direkter Investitionsförderung, wie sie - mangelhaft - beim ”Aufschwung Ost” ingang gesetzt wurde.

Bei der ökologischen Weiterentwicklung der Wirtschaftsdemokratie gewinnt die Investitionslenkung zur Entwicklung einer *Kreislaufwirtschaft* mit alternativen Energien, dezentralen, umweltverträglichen Produktionsanlagen, biologischer Landwirtschaft, Förderung des öffentlichen Nahverkehrs und autofreier Stadtbereiche, Rettung der Wasser- und Lufthaushalte, der Landschaft und ihrer Wälder, Flüsse, Biotope etc. eine besondere Bedeutung im Sinne *inhaltlicher* statt nur *quantitativer* Wachstumsplanung (siehe unten).

Schließlich aber rückt eine qualitativ neue Form von Planung ins Zentrum einer Theorie der Wirtschaftsdemokratie: *Arbeitsmarktplanung*. Da eine Wirtschaft mit vermindertem Wachstum eine entscheidende wirtschaftspolitische Herausforderung der Zukunft sein wird[\[28\]](#), ist eine staatliche Politik der notwendigen Weiter- und Andersqualifizierung von Arbeitskräften sowie vor allem der schrittweisen systematischen *Verminderung der Arbeitszeit und eines Zweiten (öffentlich geförderten) Arbeitsmarktes* notwendig.[\[29\]](#)

4.4. Planungsschwerpunkt Arbeitsmarktpolitik

Das IAB, das bis dahin nur eine Adresse für fachwissenschaftliche Diskurse war, avancierte in den achtziger Jahren mehr und mehr zur Quelle höchst politikrelevanter Planungsvorlagen zur Arbeitszeitverkürzung (AZV) und Arbeitszeit-Politik (die von der konservativen Regierung freilich souverän desavouiert wurden.). Die Forscher des IAB wiesen nach, daß nicht *allein* durch tarifpolitische AZV - 35-Stunden-Woche -, sondern nur durch eine integrale, *kumulative* Strategie der AZV eine Umverteilung der Arbeitszeit realisiert werden könnte, die - ohne unzumutbare Kosten - das gesellschaftliche Arbeitsvolumen und das Arbeitskräfteangebot wieder ins Gleichgewicht brächte.[30] Nimmt man noch die zweite Hauptstrategie der Arbeitsmarktpolitik hinzu, die Schaffung eines "öffentlich geförderten zweiten Arbeitsmarktes" - also einen quantitativen und qualitativen Ausbau der ABM - so ergeben sich fünf Teilstrategien (die zu erwartende Sicherung oder Neuschaffung von Arbeitsplätzen in Klammern[31]):

- Allgemeine Arbeitszeitverkürzung in Richtung auf eine 32-Stunden-Woche (ca. 1,6 Mio. Arbeitsplätze),
- konsequenter Abbau von Überstunden (ca. 0,4 Mio. Arbeitsplätze),
- Förderung freiwilliger Teilzeitarbeit (0,4-0,6 Mio. Arbeitsplätze),
- Förderung von Vorruhestandsoptionen (ca. 0,4 Mio. Arbeitsplätze),
- Schaffung eines öffentlich geförderten Arbeitsmarktes (ABM) für 0,8 bis 1,0 Mio. Erwerbslose.

Ein auf 5-10 Jahre angelegtes Programm, welches die Teilstrategien der AZV und ABM großen Stils realisiert, erspart etwa 2,5-4,6 Millionen Menschen (Minimal- und Optimalkalkulation) die Arbeitslosigkeit. Wenigstens in Kürze ist auf die mit diesen 5 Teilstrategien einer planvollen Arbeitsmarktpolitik verbundenen Probleme einzugehen:

Schrittweise Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf die 32-Stunden-Woche: Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit zeitigt die stärksten Arbeitsmarkteffekte: Eine Stunde weniger Arbeit schafft rein rechnerisch 800 000 neue Arbeitsplätze. Nach diversen Untersuchungen werden etwa 50% dieser rechnerischen Größe durch Produktivitätssteigerungen kompensiert, so daß ein realer Beschäftigungseffekt von ca. 400 000 pro verminderter Arbeitsstunde durchaus realistisch ist. Bei einer raschen Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden (Ost) und 32 Stunden (West) wäre also ein Beschäftigungseffekt von 4 mal 400 000 = 4,6 Millionen realisierbar, eine Größenordnung, mit der kein staatliches Beschäftigungsprogramm mithalten kann.

Die sukzessive Einführung der 35- bzw. 32-Stunden-Woche darf nicht ein Fixpunkt, sondern nur Etappenziel sein. Längerfristig kann nur die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf 6 Stunden als Strategie gegen steigende Arbeitslosigkeit ein ausreichendes Gegengewicht bilden. Dazu bedarf es der gemeinsamen Anstrengungen der Tarifpartner, aber auch des Staates. Dabei ist es als außerordentlicher Fortschritt wirtschaftsdemokratischer Politik festzuhalten, daß die Regierung Jospin ab dem Jahre 2000 die 35-Stunden-Woche per Gesetz einführen will,[32] sofern die Tarifpartner sich bis dahin nicht auf entsprechende Regelungen geeinigt haben.

In der Öffentlichkeit wird angesichts der zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit unausweichlichen "Arbeitszeitverkürzung in großen Schritten" immer wieder eingewandt, die dabei eintretende Reallohnseinbuße sei für die Arbeitenden unzumutbar, ein *Lohnausgleich* sei nicht finanzierbar. Diese These ist volkswirtschaftlich nicht haltbar: Wenn, wie die Gewerkschaften zu recht fordern, das jährlich 2-3 prozentige Produktivitätswachstum in unserer Wirtschaft an die Beschäftigten weitergegeben wird (statt wie seit 1982 von der Kapitalseite einbehalten zu werden), so kann in vier Jahren eine AZV auf 35 Stunden mit Lohnausgleich realisiert werden. Sollten diese Tariflohnsteigerungen in der gegenwärtigen

machtpolitischen Situation aber nicht voll erreichbar sein, so ist sie zumindest für die Wenigerverdienenden durch den längst fälligen Übergang zu einer *Solidarischen Einkommenspolitik*, d.h. durch die seit langem geforderte neue Tarifpolitik zu realisieren. Mit Recht forderte die Grundwertekommission der SPD bereits vor 20 Jahren "die Abkehr von einer Tarifpolitik der prozentualen Einkommenssteigerungen, durch die bekanntlich die Kluft zwischen den gut und schlecht Verdienenden immer größer wird. Statt dessen soll eine Tarifpolitik der Sockel- und Fixbeträge betrieben werden, durch die sich allmählich eine (durch keinerlei Leistungsprinzip mehr zu rechtfertigende) Scherenbildung in der Einkommenshierarchie abbaut".^[33] Denn eine Politik der Fixbeträge „benachteiligt“ die Gutverdienenden zugunsten der Bezieher niedriger Einkommen. Diese Tarifpolitik fördert im übrigen auch eine wirtschaftlich sinnvolle Kaufkraftentwicklung auf Kosten derjenigen Einkommensgruppen, die mit ihren relativ hohen Einkommensüberschüssen Sparquoten erbringen, die volkswirtschaftlich irrational (weil bei geringem Wirtschaftswachstum nicht mehr sinnvoll investiv verwendbar) sind.

Begrenzung der Überstunden: Vorrangige Aufgabe des Gesetzgebers muß eine grundlegende Novellierung der Arbeitszeitordnung (AZO) sein, die Überstunden unattraktiv macht und - von einer bestimmten Größenordnung an - nicht von der Zustimmung des Betriebsrats, sondern des Arbeitsamtes abhängig sind; sie sind grundsätzlich innerhalb eines Kalenderjahres durch Freischichten bzw. zusätzlichen Urlaub „abzufeiern“, so daß Neueinstellungen notwendig werden. Zur Zeit entspricht die Zahl der -1,8 Mrd. (!) Überstunden in der Bundesrepublik „einem Beschäftigungsäquivalent von gut 1 Million Erwerbstätigen“^[34] - ein Extrembeispiel planloser, rein betriebswirtschaftlich orientierter Arbeitszeitpolitik.

Ausweitung der freiwilligen Teilzeitarbeit: In den Niederlanden, Dänemark, England und Schweden wird die Erwerbslosigkeit durch Teilzeitarbeit von 30-50% der Berufstätigen erheblich verringert. In Deutschland hat sich das in Umfragen der achtziger Jahre festgestellte Interesse von 70 (50) % der Frauen (Männer) verändert, weil die Mehrheit der Interessierten der "versicherungsmathematische Abschlag" bei ihrer Rentenberechnung abschreckt und die meisten Arbeitgeber sich weigern, Teilzeitarbeit anzubieten. Es bedarf daher einer Gesetzgebung, die die gesellschaftlich höchst anerkanntswerte Entscheidung, Arbeitszeit mit anderen zu teilen, rentenrechtlich honoriert und im übrigen allen Arbeitnehmern ein individuelles Mitbestimmungsrecht, sich für Teilzeitarbeit zu entscheiden, gegenüber dem Arbeitgeber einräumt.^[35] Die Niederlande kann hier als Modell und Vorbild gelten.

Tariffrente: Schon Ende der siebziger Jahre sollte, nach den Vorschlägen des damaligen Arbeitsministers Herbert Ehrenberg (SPD) und der Gewerkschaft NGG, ein Tariffonds geschaffen werden,^[36] der es älteren Arbeitnehmern ermöglichen würde, vorzeitig aus dem Erwerbsleben auszusteigen. Dabei sollen ca.75% der bisherigen Bezüge (inklusive Sozialversicherung) weiter gezahlt werden. Finanziert werden soll das Programm zu 50% von der Bundesanstalt für Arbeit (sofern für die Ausscheidenden neue Arbeitnehmer eingestellt werden) und zu 50% aus einem Tariffonds (Lohnverzicht). Variationen dieses arbeitszeitpolitischen Planungskonzepts gibt es bis heute: 1998 hat auch der rot-grüne Arbeitsminister Riester eine Tariffonds-Lösung vorgeschlagen. Bei diesen Voraussetzungen kann der Arbeitsplatzeffekt auf 0,4 Mio. Arbeitsplätze geschätzt werden. Da bis zu 80% der älteren Arbeitenden lieber früher aus dem Arbeitsstreß ausscheiden wollen und dadurch zugleich etwa 500 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden können, ist ein für die große Mehrheit sozial tragbares Konzept der Vorruhestandsregelung eine dringend erforderliche Teilstrategie. Durch einen stufenweisen Übergang kann das plötzliche Ausscheiden aus dem Arbeitsleben verhindert werden.

Aktive Arbeitsmarktpolitik: Die zweite Hauptstrategie aktiver staatlicher Arbeitsmarktplanung besteht in einer qualitativen Weiterentwicklung der ABM-Programme zu einem "öffentlich geförderten Arbeitsmarkt".^[37] Hochrechnungen einer von der Berliner Sozialsenatorin Christine Bergmann veranlaßten Untersuchung ergeben, daß ein AB-Programm für eine Million Erwerbslose zwar 59 Mrd. DM kostet, durch Einsparungen von Arbeitslosengeld etc., Steuerzahlungen und Zahlungen an die

Sozialversicherung aber dem Staat, der BfA und der Sozialversicherung in Höhe von 46 Mrd. DM Einnahmen zufließen, bzw. Kosten erspart werden, so daß die Netto-Kosten dieser großangelegten Beschäftigungspolitik lediglich 13 Mrd. DM betragen würden.[38]

Insgesamt sind die wirtschaftsdemokratischen Prinzipien aktiver Arbeitsmarktpolitik, also die systematische Anpassung der Arbeitszeit an die gesellschaftlich notwendige Arbeit und die Schaffung eines Zweiten (gemeinwirtschaftlichen) Arbeitsmarktes nur realisierbar durch einen gesetzgeberisch gezielt arbeitsmarktpolitisch eingreifenden Staat. Ferner durch eine gesellschaftliche Wende weg von der Vollzeitarbeit traditionellen Stils als der "normalen" Arbeitssituation. Schließlich, nicht zuletzt durch einen *Sozialkontrakt aller betroffenen gesellschaftlichen Interessengruppen mit dem Ziel, durch gemeinsame, koordinierte Aktivität die nachgefragte Arbeit auf alle Arbeitswilligen derart flexibel zu verteilen, daß nahezu alle einen Arbeitsplatz finden können. Die kollektiven Akteure Gewerkschaften, Regierungen, Unternehmer(verbände) und die Gesamtheit der Arbeitenden müssen zusammenwirken.*

4.5. Kontrolle unternehmerischer Macht

Noch bei Otto Brenner hieß "Kontrolle wirtschaftlicher (oder: unternehmerischer) Macht" 1961 schlicht "Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum". So sind einleitend hier Entwicklung und (scheinbares?) Obsoletwerden des Sozialisierungskonzepts zu analysieren.[39] In der traditionell-sozialistischen Theorie galt die "Expropriation der Expropriateurs", [40] also die Sozialisierung der Produktionsmittel und deren genossenschaftliche oder staatliche Reorganisation bis in die achtziger Jahre als die Generallösung zur Überwindung kapitalistischer Ausbeutung und "Anarchie der Warenproduktion" - und diese Vorstellung beherrschte derart unreflektiert das linke Denken, daß Sozialismus und Sozialisierung weithin als identisch verstanden wurden.

Mit dem Dahinschwinden der revolutionären Hoffnungen und des reformsozialistischen Glaubens an eine breite, dauerhafte sozialistische Mehrheit nach Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts wurden in den Konzepten der "Wirtschaftsdemokratie", schon seit den "Industrial-Democracy"-Ideen der Fabian Society (s.o. Anm.16) und in aller Breite bei Naphtali (s.o., Anm.7) die Sozialisierungsvorstellungen relativiert im Sinne eines evolutionären "Hineinwachsens" gemeinwirtschaftlicher, öffentlich-wirtschaftlicher und genossenschaftlicher Unternehmensformen in das privatwirtschaftliche System, dem darüber hinaus mit Hilfe von Betriebs- und Personalräten (shop stewards, comités d'entreprise, consigli di fabbrica) und gewerkschaftlicher Tarifpolitik die schlimmsten Giftzähne der Ausbeutung und Autokratie gezogen werden sollten.[41]

In der Fortentwicklung dieses wirtschaftsdemokratischen Konzepts wurde dann in den demokratisch-sozialistischen und gewerkschaftlichen Theorien und Programmen die - noch im Bonner Grundgesetz Art.15 ausdrücklich sanktionierte - "Überführung in Gemeineigentum" auf "Schlüsselindustrien" reduziert, beziehungsweise, da sich die inhaltliche Bestimmung von Schlüsselindustrien als höchst wandelbar erwies, auf "marktbeherrschende Unternehmen".[42] Während auch diese Definition in der westdeutschen politischen Diskussion nie konkretisiert wurde, nahmen die französischen Linken bereits Anfang der siebziger Jahre konkrete Nationalisierungslisten in ihr „Programme commun“ auf (s. Anm.11), und unter Mitterrand wurde, nach seinem Regierungsantritt 1981, ein erheblicher Teil dieses Vergesellschaftungsprogramms tatsächlich realisiert.[43]

Inzwischen hatte sich die wirtschaftsdemokratische Diskussion auch von bürokratisch-sozialistischen Sozialisierungsvorstellungen - übrigens auch in Frankreich (vgl. Anm. 12) - verabschiedet. Maßgeblich wurde der Begriff der Vergesellschaftung. Diese sollte durchaus

pluralistisch, in verschiedenen staatsunabhängigen Organisationsformen realisiert werden statt durch zentralgesteuerte staatsbürokratische Lenkung. Außerdem muß sich Vergesellschaftung leiten lassen von dem Grundsatz der *Beteiligung aller Betroffenen* an Kontrolle und Leitung der Unternehmen: Die *Belegschaften* und ihre gewerkschaftlichen Vertreter bringen u.a. den Aspekt der humanen Gestaltung der Arbeitsbedingungen, der gerechten Entlohnung und der Arbeitsplatzsicherung ins Spiel; *regionale* und *staatliche Instanzen* werden den Aspekt der externen (Umwelt-) Effekte von Produktion und nachfolgendem Konsum einbringen sowie der notwendigen Abstimmung mit anderen Wirtschaftstätigkeiten im Rahmen einer gesamtwirtschaftlichen Planung, *Verbrauchervertreter* das Interesse an guten und billigen Gütern und Dienstleistungen.

Die Beteiligung so unterschiedlich motivierter Gruppen an Kontrolle und Leitung der Großunternehmen macht es auch notwendig, einen neuen betriebswirtschaftlichen Erfolgsmaßstab zu entwickeln, der den Gesichtspunkt der betriebswirtschaftlichen Rentabilität mit dem des sozialen Nutzens und der Umweltverträglichkeit verbindet.

Natürlich ist auch die gemeinwirtschaftliche Entwicklung und Theoriebildung aufgrund der oben beschriebenen Stagnation und Schrumpfung der sozial-progressiven Tendenzen und Kräfte in eine schwere Krise geraten. Lange vor dem Scheitern der sozialisierten Wirtschaft im Osten ist es im Gefolge des konservativen historischen Rückschlags zu einer Erosion der freien und öffentlichen Gemeinwirtschaft gekommen,^[44] einer alle Bereiche umfassenden Privatisierungswelle, die (nach den revolutionären Illusionen) auch die evolutionären wirtschaftsdemokratischen Fortschritte im Sinne einer schrittweisen Begrenzung privatkapitalistischer Beherrschung der Produktionsmittel gebremst und teilweise zunichte gemacht hat. Die Armut der "Öffentlichen Hände", abschreckende Bürokratisierungserscheinungen in der öffentlichen Wirtschaft (Post; Bahn) und andererseits die krakenhafte internationale Verankerung der Großkonzerne im "globalen Dorf" haben die Vergesellschaftungsdebatte zum Erliegen gebracht.

Da wir zur Zeit aber auch, angesichts der einleitend skizzierten Dauerkrise des "Turbokapitalismus" am Beginn einer Erosion der 1990 so triumphal als End- und Gipfelpunkt der Geschichte (Fukujama) erscheinenden Marktwirtschaft stehen, sollte die wissenschaftliche "futurologische" Theoriebildung es zumindest offenlassen, ob Formen des genossenschaftlichen, öffentlichen, freigemeinwirtschaftlichen und staatlichen Eigentums - oder zumindest der demokratischen Kontrolle und Regulierung von Konzernpolitik - vor allem: der Großfinanz! - nicht mittelfristig wieder auf der Tagesordnung stehen.

Denn neben der Vergesellschaftung spielen in der Theorie der Wirtschaftsdemokratie seit langem auch andere, indirekte Formen der demokratischen Kontrolle wirtschaftlicher Macht eine wichtige Rolle. So enthielt das DGB-Grundsatzprogramm vor seiner Selbstaufgabe unter anderem die Forderungen nach

- fortlaufenden Erhebungen über die Konzentrationsbewegungen und ihre Veröffentlichung;
- Beseitigung konzentrationsfördernder Rechtsvorschriften (zum Beispiel durch entsprechende Steuervorschriften);
- Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften in den Unternehmensleitungen;
- Demokratisierung und Neuordnung der Unternehmensverfassung;
- Erweiterung der Publizität;
- wirkungsvoller Ausgestaltung der Monopol- und Kartellkontrolle;
- Mobilisierung des Wettbewerbs unter anderem durch öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen,

- Ausbau des Systems öffentlich gebundener Unternehmen.[45]

Für viele Klein- und Mittelunternehmen kann eine Verschärfung der Gewerbeaufsicht und Ausweitung der Mitbestimmung sinnvoller sein als Formen der Vergesellschaftung. Ergänzt werden müssen diese Maßnahmen durch einen konsequenten Ausbau der arbeits- und sozialrechtlichen Sicherung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben. Für weite Bereiche bieten sich nach wie vor genossenschaftliche Organisationsformen an.

4.6. Mitbestimmung

Was die *Mitbestimmung* der Arbeitenden betrifft, so geht es nicht nur um gleichberechtigte Beteiligung auf der Makro- und Mesoebene bei unternehmerischen (wirtschaftlichen) Entscheidungen, um das Machtgleichgewicht von Kapital und Arbeit,[46] sondern auch um Mitentscheidung (statt unverbindlicher "Mitsprache") der Betriebs- und Personalräte auf der Mikroebene, bei alltäglichen betrieblichen Entscheidungen, vor allem bei *personellen* Angelegenheiten, in der *Arbeits- und Arbeitszeitorganisation*.

Nicht zuletzt aber wird in der europäischen partizipationstheoretischen Diskussion immer stärker die „participation directe“ gefordert[47]. Für Deutschland bedeutet dies, endlich die seit über 30 Jahren von den Verfechtern direkter Demokratie innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften geforderte *Mitbestimmung am Arbeitsplatz*[48] konzeptionell und betriebsverfassungsrechtlich wieder in Angriff zu nehmen: die *unmittelbare* Mitwirkung *aller* Arbeitnehmer eines Arbeitsbereichs in „groupes d’expression“ (Frankreich 1982) bzw. „Arbeitsgruppenbesprechungen“ während der Arbeitszeit.

Falls es künftig zu einer Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes im Sinne der Einführung von „Mitbestimmung am Arbeitsplatz“ kommt, wäre ein wesentliches Element, das im deutschen Mitbestimmungskonzept bisher gefehlt hat, nämlich *die direkte Partizipation der Beschäftigten*, endlich verwirklicht.

Mehr Demokratie in der Wirtschaft bedeutet aber auch unmittelbare *Selbstbestimmung* der arbeitenden Menschen dort, wo sie die Wahrnehmung übergeordneter Interessen der Gesellschaft nicht gefährdet. Dies gilt vor allem für die Selbstorganisation der Arbeitsprozesse im Rahmen vereinbarter Produktionsziele (*teilautonome Arbeitsgruppen*[49]). Die unmittelbare Selbstorganisation der Arbeitsgruppe ist ein bedeutsamer Schritt zur Emanzipation des arbeitenden Menschen und ein hervorragendes Feld der Einübung demokratischer und solidarischer Verhaltensweisen.

4.7. Humanisierung der Arbeit[50]

Mit solcher strukturell-partizipativen Veränderung der Arbeitsorganisation geht die wirtschaftsdemokratische Konzeption über Mitbestimmung hinaus zu Strategien *struktureller Humanisierung der Arbeit*. Hier vollzog sich in den sechziger Jahren in Skandinavien, seit Anfang der siebziger Jahre zögernd auch in Deutschland aufgenommen, ein qualitativer Sprung in der Wahrnehmung und - ansatzweise - in der betriebspolitischen Gestaltung der Arbeitswelt: Es zerfällt aufgrund der praktischen Erfahrungen mit partizipativen Arbeits- und Entscheidungsstrukturen der Mythos von der sachzwanghaft inhumanen, nämlich autoritär-hierarchischen und monotonen ("fordistischen") Arbeitsorganisation. Notwendig ist freilich, die von da an ingang gekommene

Theorie und Praxis des "Job redesign" und eines "management by participation" nicht, wie in den dann Mode gewordenen amerikanischen Konzepten einer neuen "Quality of working life", [51] von den "alten", klassischen Humanisierungsforderungen (wie zum Beispiel eines humanen Systems der Arbeitszeit und der Lohnfindung) zu isolieren. Für eine Theorie der Wirtschaftsdemokratie ergibt sich daher ein umfassenderes Humanisierungskonzept, dessen Hauptelemente hier nur summarisch genannt werden können:

Schutz am Arbeitsplatz: Ausbau der Sicherheit am Arbeitsplatz; Abbau gesundheitsschädigender Einflüsse; bessere ergonomische Anpassung der Maschinen und technischen Anlagen an die Menschen zum Abbau unnötiger und unzumutbarer Belastungen.

Menschenwürdigere Arbeitsorganisation: Weitestmögliche Verkürzung der Arbeitszeit; weitestmögliche individuelle bzw. gruppenautonome Arbeitszeitgestaltung durch Mitbestimmung der Lage (Gleitzeit) und der Dauer der Arbeitszeit; Ausdehnung der Erholungszeiten wie Pausen und Urlaub; schrittweise Einschränkung der Nacht- und Schichtarbeit; Abbau der Zerstückelung, Schematisierung und Standardisierung der Arbeitsgänge und des damit verbundenen Verlusts an Arbeitsinhalten, Erweiterung und Bereicherung der Arbeitsaufgaben; Ausweitung des Handlungs- und Entscheidungsspielraums, vor allem durch teilautonome Gruppen; Abbau der betrieblichen Hierarchien.

Humanisierung des betrieblichen Einkommenssystems: Abflachung der Einkommenspyramide, z.B. durch Zahlung von Festbeträgen statt prozentualer Einkommenssteigerungen; Abbau überflüssiger Lohn- und Gehaltsgruppen durch Verminderung der Zahl der Gruppen und Reform der Einstufungskriterien; Einführung fester Mindest-Monats- bzw. Jahreseinkommen für alle Arbeitnehmer; Abschaffung der Akkordarbeit; Mitbestimmung der Arbeitsgruppen bzw. des Betriebsrates bei der Einstufung der einzelnen Arbeitnehmer in bestimmte Lohn- und Gehaltsgruppen; Abbau diskriminierender Einkommensungleichheit insbesondere bei jungen, weiblichen und ausländischen Arbeitnehmern; Garantie der Einkommenshöhe von einem bestimmten Alter an; Abbau von Geldäquivalenten für inhumane Arbeitsbedingungen zugunsten technologischer Humanisierung der Arbeit [52].

4.8. Ökologische Prinzipien der Wirtschaftsdemokratie

Auch die theoretische Wende zu einer nicht länger naiv wachstumsorientierten, sondern ökologisch verantwortlich denkenden und handelnden demokratischen Wirtschaftspolitik kann hier nur durch Auflistung ihrer wichtigsten Strukturelemente in das systematische Gesamtkonzept aufgenommen werden - dies gilt ebenso für die an anderer Stelle erarbeiteten gründlicheren Resümees der zwanzigjährigen Arbeiten zum "ökologischen Umbau der Wirtschaft". [53] Ich konzentriere mich hier auf folgende wirtschaftspolitischen Ziele:

- *Entwicklung einer ökologischen Kreislaufwirtschaft*

Das Prinzip einer ökologischen Kreislaufwirtschaft ist mustergültig bereits in einem außergewöhnlichen Grundsatzantrag auf dem SPD-Parteitag in Berlin 1979 angenommen worden (Protokoll Seite 56-68) - um freilich, wie auch die sehr weitgehenden und präzisen ökosozialistischen Forderungen des Berliner Programms von 1989, politisch alsbald wieder in Vergessenheit zu geraten: „' *Quantitative Steigerungsraten* ' des Bruttosozialprodukts *dürfen nicht alleiniger Maßstab für die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft sein.* Die Begrenztheit der *Rohstoffe*, die ökologische Belastung und die *Sättigung von Märkten* werden künftig quantitatives Wachstum nicht mehr in dem gewohnten Maße zulassen(...) Langfristig ist durch eine nicht an quantitativen Maßstäben des Wachstums ausgerichtete Raumplanung und Strukturpolitik *die wirtschaftliche Umorientierung auf eine ökologische Kreislaufwirtschaft* zu

erreichen. Nur so können auf Dauer die biologischen, sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen für menschliches Leben und Natur erhalten werden. *Diese ökologische Kreislaufwirtschaft ... muß die nur an der Gewinnmaximierung ausgerichtete sogenannte 'freie Marktwirtschaft' ablösen ...*".

Hier sollen abschließend nur einige der wichtigsten wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen verdeutlicht werden, die sich aus einer solchen grundlegenden *wirtschaftsordnungspolitischen Wende* ergeben:

- *Ökologische Investitionslenkung*

Ökologische Investitionslenkung ist etwas qualitativ anderes als die bisherigen rein quantitativen Investitionslenkungsansätze. Durch sie können dezentrale *arbeitsintensive* Produktionen entwickelt werden, die die Lebensqualität verbessern, die Rohstoffabhängigkeit und die Umweltbelastungen durch die Wirtschaft in der Bundesrepublik verringern.

- *Ökologische Lenkung der Produktionsgestaltung und Werbung*

Die Regelung und Kontrolle einer ökologisch verantwortbaren Produktgestaltung ist ein entscheidender Lenkungsbereich ökologisch orientierter Wirtschaftsdemokratie

- *Optimale Dezentralisierung*

Die Grundwertekommission der SPD hat dieses Ziel theoretisch so präzise begründet, daß ihre Argumentation hier kommentarlos übernommen werden kann - freilich mit dem sehr berechtigten Zusatz Karl Georg Zinns: das Dezentralisierungs-Postulat dürfe nicht - als „Sehnsucht nach der kleinen Überschaubarkeit“ - in einen antietatistischen Affekt gegen notwendige zentrale Planungen führen („Wie organisiert man den Güter- und Personenverkehr 'dezentral'?“)

„Unter den beiden Gesichtspunkten, dem der Erhaltung der ökologischen Basis des menschlichen Lebens und dem der Erweiterung der Möglichkeiten, die Industriearbeit sinnvoll zu gestalten, ist eine teilweise Dezentralisierung unserer technisch-ökonomischen Einheiten erforderlich. Dies betrifft den Abbau der regionalen Konzentration von Produktions- und sonstigen Arbeitsstätten (...) und die bewußte Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen. Maßnahmen dieser Art können den Bedarf an Transporten und die Belastung der Umwelt erheblich verringern, die Anwendung umweltfreundlicher und menschengerechter Technik erleichtern, die Produktion enger mit den Bedürfnissen der Verbraucher verkoppeln (...) und die Überschaubarkeit der Wirtschaftsprozesse verbessern. Auf diesem Wege werden die Möglichkeiten der Mitbestimmung und Selbstorganisation der Arbeitenden (...) erweitert".[\[54\]](#)

5. Die fehlende Machtbasis und die Macht der Ideen

Blickt man zurück auf sieben Jahrzehnte wirtschaftsdemokratischer Theorieentwicklung einerseits und der politisch-ökonomischen Entwicklung andererseits, so kann man feststellen, daß die Theorie der Wirtschaftsdemokratie - abgesehen von der Stagnation in den neunziger Jahren - Erhebliches hinzugewonnen hat an Präzision und wissenschaftlichen Detailstudien,[\[55\]](#) vor allem aber auch an neuen inhaltlichen Dimensionen - Humanisierung der Arbeit, ökologische Wende, Arbeitszeitplanung -. Dagegen hat die politökonomische Entwicklung der achtziger und neunziger Jahre, abgesehen von vereinzelten Fortschritten hinsichtlich partizipativer Formen des Managements und der Arbeitsorganisation (Gruppenarbeit) sowie bei der Arbeitszeitverkürzung, eher Rückschritte gebracht, vor allem im Bereich des kollektiven Arbeitsrechts („Deregulierung“) und in Gestalt eines substantiellen Abbaus des gemeinwirtschaftlichen Sektors. Und trotz des explizit wirtschaftsdemokratisch orientierten Grundsatzprogramms der SPD von 1989 ist die

programmatische Diskussion zum Erliegen gekommen. Wirtschaftswissenschaftlich dagegen ist hervorzuheben, daß es immerhin inzwischen, erstmalig in der deutschen scientific community, eine Gegenposition zum herrschenden Neoliberalismus gibt: die „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“, die sich mit ihren Memoranden zunehmenden öffentlichen Respekt geschaffen hat; innerhalb dieser Gruppe spielen Rudolf Hickel und Karl Georg Zinn mit ihren Publikationen eine führende Rolle, die man mit Zinn auf den Leitbegriff eines *Theoretischen Interventionismus* bringen könnte.[56]

Nun kann man freilich in dieser - auch mitte-links- orientierungs- und theorielosen Zeit angesichts solcher ausgreifenden theoretischen „Erinnerungsarbeit“ die Frage stellen, ob dergleichen nicht ein links-akademisches Glasperlenspiel sei oder mindestens die pure Donquichotterie. Mit Recht hat Zinn vor kurzem geschrieben, Vollbeschäftigung durch Arbeitszeitverkürzung sei „nicht utopisch, sondern politisch, und folglich ist Vollbeschäftigung eine Machtfrage“ [57] - aber weit und breit sind keine Bataillone, ist keine solide Machtbasis erkennbar für eine wirtschaftsdemokratische Strategie. Obgleich die einleitend genannten katastrophalen Fehlleistungen des Kapitalismus nach einer alternativen Wirtschaftspolitik geradezu schreien. Die Wähler in Europa haben begonnen, es zu erkennen. Aber was ist, wenn die neuen Hoffnungsträger keine sind - wenn sie selbst keine Alternativen haben oder keine wagen? Was ist, wenn man die Macht hat, aber orientierungslos ist, konzeptionslos, wie Schröder, und daher bei jeder Drohgebärde eines Großmanagers (z.B. der Atomindustrie) einknickt? Dann nützt die Macht auch nichts (höchstens der eigenen Machterhaltung). Und andererseits verleihen gute, glaubwürdig vertretene Konzepte auch Macht, wie schon Marx - ganz unmaterialistisch - wußte: Ideen können zur „materiellen Gewalt“ werden. Daher rufen wir sie in dieser Zeit in Erinnerung.

Wie hilflos die Linke immer wieder dastand, als sie die Macht, aber kein Konzept hatte, beschrieb unübertrefflich Robert Wilbrandt, parteiloser Sozialist und Professor der Nationalökonomie, Mitglied der ersten sozialdemokratischen Sozialisierungskommission, 1919 mit folgendem Bild, um die Konzeptionslosigkeit der Linken in dieser Situation zu charakterisieren: „Auf einer Studienreise trat ich an eine Fabrik heran. Ein Kettenhund bellte, er tobte, riß an der Kette, sprang hin und her und schien mich zerreißen zu wollen, wenn sie etwa risse. Da riß die Kette. Der Hund tat noch einen Sprung. Dann stand er erschreckt still. Er bellte nicht mehr. Er war, schien es, von der Stunde der Macht programmlos überrascht. Er traute sich nicht. Er hatte keine Idee, was er nun anfangen sollte“ [58]. Damit der Linken nicht das Gleiche immer wieder passiert, bedarf es der Konkretisierung und öffentlichen Diskussion von Alternativkonzepten. Und das Konzept der Wirtschaftsdemokratie ist eines der wichtigsten.

Anmerkungen

[1] Die von mir seit 35 Jahren dazu geleisteten systematischen Beiträge zitiere ich im folgenden nur, wo es sachlich geboten erscheint. Da dieser Aufsatz leider zu lang geraten ist, mußten bei der Endredaktion einige in den Fußnoten präsentierte Detailbelege und -hinweise wegfallen. Die „Langfassung“ dieser Arbeit kann beim Verf. angefordert werden.

[2] Vgl. zur umfassenden Wahrnehmung der wirtschaftstheoretischen Leistung und vor allem der Langfristprognostik von J.M.Keynes Karl Georg Zinn, Keynes und kein Ende? Zur Geschichte und Zukunft einer ökonomischen Doktrin, in: Gewerksch.Monatsh. 2/99, S. 65ff.

[3] Die französische Regierung der „Gauche pluriel“ tendiert noch am ehesten über sozialliberale Positionen hinaus zu wirtschaftsdemokratischen Elementen wie z.B. einer vorsichtigen Arbeitsmarktplanung durch staatliche Förderung der 35-Std-Woche.

[4] Die Abwesenheit einer wirtschaftsdemokratischen Konzeption bei den inzwischen

tonangebenden grünen Realos zeigte sich bereits in den negativen Stellungnahmen von Joschka Fischer und Reinhard Pfromm in unserem Sammelband "Ökosozialismus? Rot-grüne Bündnispolitik" (hrsg. Von K.-J. Scherer und F. Vilmar, Frankfurt, 2. Aufl. 1986), 92ff; 119ff.

[5] Die deutschen Gewerkschaften, die, wie im folgenden zu zeigen, in der Nachkriegszeit das gründlichste wirtschaftsdemokratische Programm erarbeitet und bis in die achtziger Jahre lediglich aktualisiert hatten, haben, von begrenzten Mitbestimmungsforderungen abgesehen, drei Jahrzehnte lang fast nichts getan, um ihren wirtschaftsdemokratischen Forderungen öffentlich Geltung zu verschaffen - 1996 haben sie daraus sozusagen die Konsequenz gezogen, indem sie ihr neues Grundsatzprogramm von sämtlichen wirtschaftsdemokratischen Forderungen - außer einem pauschalen Gemeinplatz über "Ausbau der Mitbestimmung" (Abs. II,5) "reinigten". Vgl. zu dieser Negativentwicklung F.Vilmar, Konservatismus der Gewerkschaften, in: M. Greven (Hrsg.), Festschrift für Kurt Lenk, Baden-Baden 1994, S. 445-471.

[6] Das neueste Memorandum der AAW belegt dies eindrücklich: 1980-94 stiegen die Einkommen aus Gewinnen und Vermögen von 251 Mrd. Mark auf fast das Doppelte (486 Mrd.) jährlich, dabei sanken gleichwohl die Bruttoinvestitionen von 279 Mrd. auf 193 Mrd. und die registrierte Arbeitslosigkeit wuchs von 0,9 auf 2,6 Millionen: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '98, Köln 1998, S. 250; 253

[7] Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel, hrsg. im Auftrag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes von Fritz Naphtali, Berlin 1928 (4. Aufl. Frankfurt 1977). Unter Mitarbeit so prominenter Wissenschaftler und Gewerkschafter wie Fritz Baade, Hugo Sinzheimer, Rudolf Hilferding, Erik Nölting und Fritz Leipart wurden Ansätze und Zielsetzungen einer Demokratisierung der Wirtschaft, der "Organe staatlicher Wirtschaftspolitik", "des Arbeitsverhältnisses" - und, als eine Voraussetzung, "des Bildungswesens" dargestellt.

Horst Klein hat das Verdienst, zum ersten Mal die „Vorgeschichte“ dieser theoretischen Leistung, d.h. die gesamte allmähliche Wendung zu einer *evolutionären* Transformationsvorstellung seit Bernstein und den Austromarxisten informativ zusammengefaßt zu haben: Wirtschaftsdemokratische Auffassungen in der Geschichte der Arbeiterbewegung, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 1/1999 (jetzt im trafo-Verlag, Berlin) S. 14-34.

[8] Fritz Vilmar/Karl-Otto Sattler, Wirtschaftsdemokratie und Humanisierung der Arbeit. Systematische Integration der wichtigsten Konzepte, Frankfurt 1978. Die erste zusammenfassende wissenschaftliche Darstellung wurde 1964 vorgelegt (vgl. Anm. 25).

[9] Vgl. deren breite Darlegung bei Johano Strasser/Klaus Traube, Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus, Bonn 1981, und das Resümee in meinem Aufsatz Ökosozialistische Wirtschaftsdemokratie, in: H-F.Hollederer/R.Seebauer, Neue Wege der Wirtschaftspolitik, München/Füssen 1985, S. 100-127

[10] Die ausführliche Defizitanalyse der gegenwärtigen Wirtschafts- und Arbeitswelt, die zu diesen drei zentralen Formen der Inhumanität geführt hat, findet sich bei Fritz Vilmar/Leo Kißler, Arbeitswelt: Grundriß einer kritischen Soziologie der Arbeit, Opladen 1982, 51 - 131.

[11] Otto Brenner, Die Gewerkschaften in der modernen Industriegesellschaft, in: Protokoll des 6. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall, Frankfurt/M. 1960, S. 227

[12] Es kann hier nur am Rande darauf hingewiesen werden, daß diese wirtschaftsdemokratische Theoriebildung keineswegs auf Deutschland beschränkt geblieben ist. Auf das britische ideelle „Erstgeburtsrecht“, die Erfindung der „industrial democracy“ bei den Fabiern wird unten speziell hingewiesen (Anm. 16). Einen ausführlichen Überblick über die wichtigsten wirtschaftsdemokratischen Programme und Theorieansätze in Europa (Schweden, Norwegen, England, Frankreich, Italien, Österreich, Jugoslawien und Israel) lieferte die internationale

wissenschaftliche Tagung „Menschenwürde im Betrieb“, deren Ergebnisse in 2 Bänden: Menschenwürde im Betrieb und Industrielle Demokratie in Westeuropa, Reinbek 1993 u. 1995 von mir herausgegeben wurden. Ferner, zusammenfassend: Hans-Hermann Hertle/Udo Quisbrok, Wirtschaftsdemokratische Parteiprogramme in Westeuropa, in: Huber/Kosta (Hrsg.), Wirtschaftsdemokratie in der Diskussion, Köln 1978, S. 223 - 247

Das französische „Programme commun(!) de gouvernement“ der Parti communiste francais und der Parti socialiste (hrsg. von den Éditions sociales Paris 1972) hat ebenfalls, in seinem II. Hauptteil (S.105 - 139), mit dem Begriff der Wirtschaftsdemokratie („Démocratiser l'économie“) operiert und ebenfalls eine - mit der hier genannten fast identische - Dreiheit der Grundprinzipien in den ersten 3 Kapiteln proklamiert: I. La démocratie dans l'entreprise et la gestion démocratique (= Mitbestimmung), II. La démocratisation et l'extension du secteur public und III. La planification démocratique - mit einem großen, sehr konkreten Katalog der zu nationalisierenden Banken, Versicherungen, Bergwerke, Rüstungswerke, Raum- und Luftfahrtindustrie, Atomindustrie, pharmazeutischen Industrie und von 13 Großunternehmen der sonstigen Industriezweige (115f.) bei gleichzeitiger nachdrücklicher Betonung notwendiger Autonomie der Unternehmensführung (autonomie de gestion) und Absage an das Konzept der Verstaatlichung: „la nationalisation ne sera pas étatisation“ (110). Diese Sozialisierungsforderung war in Deutschland zu der Zeit längst in den Hintergrund getreten („Überführung in Gemeineigentum“ wurde durch „Kontrolle wirtschaftlicher Macht ersetzt“- s.u.) während sie in der französischen (und englischen!) Linken noch bis Anfang der achtziger Jahre eine zentrale Rolle spielte und durch die Linksregierungen auch in erheblichem Umfang realisiert wurde, vgl. Johannes M. Becker (Hg.), Das französische Experiment. Linksregierung in Frankreich 1981 bis 1985, Berlin 1985. Die Konservativen reprivatisierten danach diese Komplexe wieder, und die Linksparteien haben im Laufe der neunziger Jahre die Sozialisierungsforderung aufgegeben. Der Londoner „Observer“ hat Jospin im Gegenteil am 7. 3. 99 als den „größten Privatisierer der neueren Zeit“ denunziert.

[13] Zitiert aus deren wichtigster Denkschrift, hrsg. von Erhard Eppler, Grundwerte, Reinbeck 1984. Sie trägt den Titel „Die Arbeiterbewegung und der Wandel gesellschaftlichen Bewußtseins und Verhaltens“, S. 101-170, hier: 136; 139. Die neueste umfassende Darstellung ist von Martin Jänicke u.a., Umweltpolitik. Politik, Recht und Management des Umweltschutzes in Staat und Unternehmen, Bonn 1999

[14] Er schrieb - vor über 20 Jahren - :„Es wird in jedem Fall ein Programm zur sukzessiven (!) Arbeitszeitverkürzung notwendig sein“. Karl-Georg Zinn, Wirtschaftspolitik in der Krise des Kapitalismus“, in: ders. (Hrsg.), Strategien gegen die Arbeitslosigkeit. Analysen zur wirtschaftlichen Fehlentwicklung und wirtschaftspolitische Handlungsvorschläge (!), Frankfurt 1977, S. 39. Ein solches Programm habe ich in dem Sammelband vorgestellt.- Für das IAB sei beispielhaft die große Modellrechnung genannt: Lutz Reyher u.a., Arbeitszeit und Arbeitsmarkt. Volumenrechnung, Auslastungsgrad und Entlastungswirkung, in: Th. Kutsch/F. Vilmar (Hrsg.), Arbeitszeitverkürzung. Ein Weg zur Vollbeschäftigung? Opladen 1983, S. 87 - 128.

[15] Ca. 8-10 000, bei kritischer Analyse der empirischen Bestandsaufnahme von H. Kreutz u.a., Eine Alternative zur Industriegesellschaft? Alternative Projekte in der Bewährungsprobe des Alltags, Nürnberg 1985. Vgl. dazu die Gesamtdarstellung bei Brigitte Runge/Fritz Vilmar, Handbuch Selbsthilfe, Frankfurt 1988, im Kapitel 2.2: Genossenschaftliche Selbsthilfe (93 - 103). Zum Vergleich: In Italien gab es 1980 ca. 120 000 reguläre Genossenschaften!

[16] Gut zusammengefaßt bei Bernd-Jürgen Wendt, Industrial Democracy. Zur Struktur der englischen Sozialbeziehungen, in der „Beilage zum Parlament“ B 46/75 . Über die Zentralidee des Fabianismus sagt er: „'Industrial Democracy' stellt sich für die Webbs dar als 'sorgfältige gegenseitige Abstimmung der Macht und Funktionen zwischen den Produzenten- und den Verbrauchergenossenschaften'“, a.a.O. S. 6f.

[17] A.a.O. (Anm. 7) Kap. 3, Abs. 4: Die Konsumgenossenschaften, S. 73 ff.

[18] Vgl. die kenntnisreiche Zwischenbilanz von Hans Luft, Agrargenossenschaften gestern, heute und morgen. Zur Geschichte der Landwirtschaft der DDR und ihrer Perspektiven im vereinten Deutschland, Berlin 1998 (Verlag Helle Panke, Pankow)

[19] Diese wurde bereits 1976 als unabdingbare Notwendigkeit diagnostiziert: Fritz Vilmar, Notwendig: Systematische Arbeitszeitverkürzung, in: Bolle, M. (Hrsg.), Arbeitsmarkttheorie und Arbeitsmarktpolitik, Opladen 1976, S. 186ff., und ders., Systematische Verknappung des Arbeitskräfte-Angebots: Unverzichtbare Strategie erfolgreicher Vollbeschäftigungspolitik, in: K-G. Zinn a.a.O. (Anm.14), S. 161-184

[20] Dieses zu einem Schuldenberg von ca. 7 Mrd. DM führende Desaster war nicht etwa Folge von Mismanagement, sondern einer vollkommenen Fehleinschätzung des Konjunkturverlaufs, deren Opfer in den siebziger Jahren Politiker und Unternehmer weithin wurden: der Glaube an den Fortbestand der westdeutschen Nachkriegskonjunktur. In dieser Annahme hatte der gewaltige Wohnungs- und Städtebaukonzern große Geschäfte gemacht durch Ankauf großer Bauerwartungs-Liegenschaften auf Kredit, in der bis dahin richtigen Erwartung weiteren großen Wohnungs- und sonstigen Immobilienbedarfs. Als dieser Trend sich in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre nicht fortsetzte, blieb die Neue Heimat auf ihren kreditfinanzierten Grundstücken sitzen. Nur durch Verkauf der größten Teile ihres gemeinwirtschaftlichen Imperiums/ Neue Heimat, Volksfürsorge-Versicherungen, Bank für Gemeinwirtschaft, Konsum AG konnten die Gewerkschaften den Schuldenberg der Neuen Heimat abbauen. Der gewaltige Umfang und theoretische Anspruch des gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaftskomplexes ist in dem Werk des langjährigen Chefs der BfG nachzuvollziehen (verfaßt weitgehend von dem theoretischen Kopf des Hauses, Achim v. Loesch): Walter Hesselbach, Die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen. Instrumente gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Struktur- und Wettbewerbspolitik, Frankfurt 1971. Zum Zusammenbruch vgl. das „Argument“-Schwerpunktheft 162, April/Mai 1987: Untergang der Gemeinwirtschaft? S. 162-199

[21] Vgl. in diesem Sinne meine Bilanz einer 30-jährigen Entwicklung (Anm. 5).

[22] Siegfried Roth/Hartmut Kohl, Gruppenarbeit, Köln 1988. Wolfgang G.Weber, Analyse von Hgruppenarbeit, Bern etc.1997

[23] Freilich erinnert der Arbeitgeberverband Gesamtmetall (1992, 26) nun die IG Metall an ihre frühere Ablehnung von Gruppenarbeit und Mitbestimmung am Arbeitsplatz: „In den 70er Jahren war die IG Metall ein entschiedener Gegner der Gruppenarbeit. Sie fürchtete den Verlust von Einflußnahme durch Zunahme der Autonomie der Arbeitnehmer... Ganz scheint die IG Metall ihre Furcht noch nicht verloren zu haben. Sie lehnt jetzt zwar die Gruppenarbeit nicht mehr ab (was sie wegen des Strebens der Mitarbeiter nach mehr Selbstständigkeit auch gar nicht konnte), will aber Kontrolle und Einfluß dadurch behalten, daß sie den Abschluß von Betriebsvereinbarungen über die Gruppenarbeit verlangt“.

[24] Ota Sik, Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein Dritter Weg, Hamburg 1979 (808 S.), und: Ulrich Gärtner/Peter Luder, Ziele und Wege einer Demokratisierung der Wirtschaft, St. Gallen 1979 (1000 S.) Ota Sik hebt im Vorwort zu seinem Buch, S. 11, ausdrücklich die Mitarbeit von Gärtner und Luder hervor: „Das Ausmaß der forschungsmäßig erarbeiteten Reformvorstellungen zwang uns zu einer Arbeitsteilung bei der Endbearbeitung der zur Publikation bestimmten Resultate" und er definiert diese Arbeitsteilung.

[25] „Unter Neutralisierung des Kapitaleigentums verstehen wir den Aufbau einer Eigentumsform, bei der das Eigentum am Kapital (...) nicht mehr an einzelne Personen gebunden und auch nicht mehr zwischen einzelnen Personen aufteilbar ist. Träger des Kapitals ist das jeweilige Produktionskollektiv“. (Sik a.a.O. 404)

[26] Das Grundsatzprogramm von 1963 basierte aber auf einer breiten wirtschaftswissenschaftlichen, nicht zuletzt ökonomischen Theorieentwicklung zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und Nationalbudgetierung (= Rahmenplanung) sowie Investitionslenkung in einer Sozialen Marktwirtschaft. Ich habe diese an anderer Stelle resümiert: Fritz Vilmar, Neuordnung der Wirtschaft. Das Konzept des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in: R. Jungk/H.J. Mundt (Hrsg.), Deutschland ohne Konzeption? Am Beginn einer neuen Epoche, München/Wien/Basel 1964, S. 331 - 339. Hier seien nur die dort referierten Autoren in Erinnerung gerufen: Gunnar Myrdal, Pierre Uri (mit bezug auf die damals schon weit fortgeschrittene Entwicklung ökonomischer Planungsinstrumente in der EWG/Brüssel!), Karl Albrecht, das BMWi, Jan Tinbergen, Gerhard Colm, Gerhard Stavenhagen, François Hetmann.

Die weitere wissenschaftliche Debatte bis Ende der siebziger Jahre findet sich zusammengefaßt bei Vilmar/Sattler, aaO. S.59 -79, sie bezieht sich vor allem auf die intensive Diskussion der Theorie und Praxis der Investitionslenkung, die vor allem von Ulrich Steger, Thilo Sarrazin, Manfred Krüper, Werner Meißner und Karl-Georg Zinn geführt wurde.

[27] Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, in Kraft getreten am 14. 6. 1967

[28] Daß in der Tat von globalen Sättigungstendenzen, infolgedessen von vermindertem Wirtschaftswachstum auszugehen ist, das auch durch Innovationsstrategien (wie sie bekanntlich auch von G.Schröder favorisiert werden) kompensiert werden kann, hat K.G. Zinn neuerdings noch einmal in einer kaum zu widerlegenden Weise zusammenfassend nachgewiesen; auch er nennt die hier im folgenden en detail dargestellten Strategien der Arbeitszeitverkürzung (neben Nachfragesteigerungen) als wichtigste „beschäftigungspolitische Dauerlösung“: Massenarbeitslosigkeit und Massenwohlstand. Das Janusgesicht unseres Kapitalismus zum Jahrhundertende und die Optionen der Beschäftigungspolitik, in: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament v. 2. April 1999 (B 14/15/99), S. 3 - 13.

[29] Norbert Reuter, der kürzlich mit überzeugenden Belegen die herrschenden Illusionen widerlegt hat, durch Wirtschaftswachstum und die dementsprechende neoliberale Angebotspolitik könne die Massenarbeitslosigkeit beseitigt werden, verweist mit Recht auf eine *neben der Arbeitsmarktpolitik notwendige* - hier nicht weiter diskutierte, aber zweifellos wirtschaftsdemokratisch essentielle - Kaufkraft schaffende Politik einer Umkehr der ebenso skandalösen wie volkswirtschaftlich kontraproduktiven Einkommensverteilung: „Eine herausragende Bedeutung ist in Bezug auf die Schaffung von Arbeitsplätzen (...) der Korrektur der Einkommens- und Vermögensverteilung zuzumessen. Die dargelegte gesellschaftliche Entwicklung zu mehr Armen *und* mehr Reichen hat (...) den Effekt, daß in den unteren Gesellschaftsschichten (...) ungesättigter Bedarf auf einen Mangel an Kaufkraft trifft. (...) Eine Umkehrung der Umverteilungspolitik der vergangenen 15 Jahre hätte einen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Konsumquote zur Folge.“ Dies „würde mehr arbeitsplatzschaffende Investitionen notwendig machen, ein Effekt, den eine bloße Gewinnsteigerung aufgrund von steuerlichen Entlastungen nicht zu initiieren vermag“. Norbert Reuter, Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität, Marburg 1998, S.74f.

[30] Vgl. dazu Reyher u.a. (Anm. 13). Dort finden sich eindrucksvolle Fließdiagramme, in denen die Folgen der Verwirklichung verschiedener Formen von Arbeitszeitverkürzung verdeutlicht werden.

[31] Eine Zusammenstellung der verschiedenen „Entlastungsrechnungen“ - also der arbeitsplatzschaffenden Wirkungen - der 4 AZV-Strategien mit einem 5-Länder-Vergleich erarbeitete Kai Uwe Hampel, Formen der Arbeitszeitverkürzung in den entwickelten Industrieländern, Typoskript des Fb. Politikwissenschaft, WE 3 (F.V.), Berlin 1999 (45 S.); dort Quellennachweise für die folgenden Angaben.

[32] Das Gesetz über die 35-Stunden-Woche ist seit dem 19. Mai 1998 in Kraft (...) Für Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten gilt ab dem 1. Januar 2000 eine gesetzliche Wochenarbeitszeit von 35 Stunden.(...) Unternehmen, die bis zum 1. Januar 2000 bzw. 2002 (für Unternehmen unter 20 Beschäftigte; F.V.) ihre Arbeitszeit nicht verkürzt haben, müssen damit rechnen, daß jede Arbeitsstunde jenseits der 35-Std.-Grenze fortan als Überstunde gilt, die Mehrkosten verursacht, weil Verdienstzuschläge oder vorgeschriebene Ausgleichszeiten anfallen. (...) Jedes Unternehmen, das vor dem 1. Januar 2000 die Arbeitszeit um mindestens 10% kürzt und gleichzeitig die Belegschaft um 6 % vergrößert bzw. einen Stellenabbau im gleichen Umfang vermeidet, bekommt 5 Jahre lang eine staatliche 'Prämie'.(...): Die Regierung reduziert die Arbeitgeber-Beiträge zur Sozialversicherung.“ - wobei die Prämien um so höher ausfallen, je eher die Unternehmer handeln. Uwe Wiedenried, Frankreichs Regierung wagt große Sprünge für Arbeit und Soziales, in: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, H. 105, Jan./Febr. '99, S.20. Trotz einer massiven Kampfansage des französischen „patronat“ ließ sich die Regierung Jospin nicht von dieser in sich höchst konsistenten und in den Details sehr flexibel und intelligent ausgearbeiteten Gesetzgebung abbringen. Bis Ende 1998 wurde bereits ein Erfolg - ca. 140 000 Arbeitsplätze - registriert, vgl. Frankf. Rundschau v. 22. 1. 99

[33] a.a.O.(Anm. 12), S. 134.

[34] Vgl. Agenda 98, in: IAB (Hg.), werkstattberichte 10/98, S. 71f.

[35] Die verschiedenen gesetzlichen Grundlagen, die der Staat zur Durchsetzung einer wirkungsvollen Politik der Arbeitszeitverkürzung und des zweiten Arbeitsmarktes schaffen muß, finden sich zusammenfassend dargestellt in: Fritz Vilmar, Eine neue Grundordnung der Arbeits- und Lebenszeit, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MitABfo) 1/1984, S.74ff. Gesetzliche Förderung könnte das nach Auffassung des Leiters des IAB, Gerhard Kleinhenz, „beträchtliche Potential für mehr Teilzeitbeschäftigung in der Bundesrepublik“ erschließen. „Immerhin möchte ein Viertel der Beschäftigten unter entsprechendem Einkommensverzicht kürzere Zeit arbeiten“. Zur Zeit sei die TZ-Quote nur etwa 19 Prozent. (Frankf. Rundschau v. 3. Febr. 99, S. 1)

[36] vgl. Herbert Ehrenberg, Mit 58 in Rente, in: Vorwärts v. 4. 2. 82, S.21

[37] Die Fraktion der PDS hat eine sehr gründliche Vorlage für die Schaffung eines „öffentlich geförderten Arbeitsmarktes“ mit einer präzisen Begründung vorgelegt: Bundestags-Drucksache 13/7147 vom 6.3.97

[38] vgl. dazu die 1993 von der damaligen Berliner Sozialsenatorin Christine Bergmann in Auftrag gegebene große Studie „Forum zur Reform des Arbeitsförderungsgesetzes“.

[39] Einen umfassenden Überblick zur Theoriegeschichte nach dem ersten Weltkrieg erarbeitete Klaus Novy: Voraussetzungen und Strategien der Sozialisierung. Ein Beitrag zur Wirtschaftsreformdiskussion, anhand der deutschsprachigen Sozialisierungs- und Planwirtschaftsliteratur aus der Zeit von 1918 bis 1933. Frankfurt a.M. und New York 1978

[40] Karl Marx, Das Kapital, Bd.I, 24. Kapitel

[41] Wobei dies von Naphtali und seiner Arbeitsgruppe des ADGB noch ausdrücklich als bloße Vorstufe zur Verwirklichung einer sozialistischen Wirtschaft verstanden wurde: sie verstanden den „Kampf der Arbeiterschaft für die Demokratisierung der Wirtschaft als Weg (!) zum Sozialismus“ (a.a.O., Anm. 7), S. 18

[42] Vgl. Otto Kunze, Von der wirtschaftlichen Mitbestimmung zur demokratischen Unternehmensverfassung. In: K. Nemitz/R. Bäcker, Gewerkschaft, Wirtschaft, Gesellschaft, Köln 1963. S. 133-144

[43] „In Gemeinbesitz überführt wurden 39 Banken, (...), zwei Finanzholdings und 5 Industriekonzerne, vor allem der Chemie- und Elektrobranche. Unter den großen Industrieunternehmen Frankreichs gab es danach nur noch ein privates: Peugeot. 75% aller Einlagen und Kredite sowie 23% der in der Industrie beschäftigten Arbeitnehmer unterstanden von nun an direkter staatlicher Kontrolle“. Klaus Kellmann, Pluralistischer Kommunismus?, Stuttgart 1984, S. 270. Dort auch Näheres über die Kosten, die spätere Reprivatisierung und den sozialpolitischen Effekt der Vergesellschaftungen.

[44] Es darf nicht vergessen werden, daß dieser gemeinwirtschaftliche Sektor nach dem II. Weltkrieg in Europa zu einem bedeutenden Wirtschafts(politik)faktor geworden ist: vgl. die Übersicht bei Günther Köpke, Gemeinwirtschaft im Spiegel neuerer Literatur, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 10/1962, bes. S. 591-597. Seit den achtziger Jahren kam es dann in Westeuropa zu großen (Re)Privatisierungsschüben, vgl. Fabrice Dion (Coord.) Les privatisations en France, en Allemagne, en Grande-Bretagne et en Italie, Paris 1995 (La documentation Française)

[45] Vgl. die detaillierte Erläuterung dieses Kontrollkatalogs durch Otto Kunze, a.a.O. (Anm. 42), S. 133 ff.

[46] Zur Mitbestimmung auch in der Gesamtwirtschaft und als Instrument zur Kontrolle unternehmerischer Macht vgl. die Literaturhinweise in Vilmar/Sattler (Anm. 7) S.114ff. Was die Mitwirkung der Arbeitnehmer bei der Rahmenplanung (s.o.) betrifft, so haben SPD, GRÜNE und Gewerkschaften bis in die achtziger Jahre die Idee der Wirtschafts- und Sozialräte auf Landes- und Bundesebene wieder aufgegriffen, die drittelparitätisch zu besetzen sind. Eine umfassende Systematik aller - in der Diskussion selten ausdifferenzierter - Ebenen der Mitbestimmung, vom Arbeitsplatz bis zur Europawirtschaft, lieferte meine Arbeit Politik und Mitbestimmung. Kritische Zwischenbilanz - integrales Konzept, Kronberg 1977. Ein neues umfassendes Sammelwerk über „historische Erfahrungen und moderne Entwicklungen vor europäischem und globalem Hintergrund“ (so der Untertitel) gab Hans Nutzenberger heraus: Perspektiven der Mitbestimmung, Marburg 1999, mit ausführlichen Resümees der Mitbestimmungsforschung.

[47] Dokumentiert z.B. in den von Otmar Seul herausgegebenen Berichten einer internationalen Tagung aus verschiedenen europäischen Ländern: Participation par délégation et participation directe des salariés dans l'entreprise, édition chlorofeuilles, Univ. Paris-Nanterre 1994.

[48] Die genaue Darstellung des Konzepts und seiner Vereitelung durch die gegen direktdemokratische Beteiligung der Arbeiter eingestellte Gewerkschafts-, vor allem: Betriebsratsbürokratie ist zu finden bei Fritz Vilmar, Mitbestimmung am Arbeitsplatz. Basis demokratischer Betriebsorganisation, Neuwied/Berlin 1971. Über die praktische Erprobung in einer Opel-Firma berichten Klaus Hoppmann/Bertold Stölzel, Demokratie im Alltag. Ein Modellversuch zur Mitwirkung von Arbeitnehmern in betrieblichen Entscheidungsprozessen, Frankfurt 1981, S. 193 - 250.

[49] Die detailliertesten theoretischen Analysen und praktischen Erprobungen von teilautonomen Arbeitsgruppen finden sich bei dem Sozialpsychologen Eberhard Ulich (ETH Zürich) - vgl. zum Überblick das Kapitel 4.4 „Arbeitsgruppen und Gruppenarbeit“ seines großen, grundlegenden (weit über rein psychologische Ansätze hinausgehenden) Werks Arbeitspsychologie, 4. Aufl. Zürich/Stuttgart.1998. Zum Thema direkt: Norbert Maier, Teilautonome Arbeitsgruppen, Meisenheim 1977, mit wichtigen norwegischen und schwedischen Fallstudien.

[50] Die detaillierten Erklärungen zu dem hier zwangsläufig sehr gerafften Überblick finden sich im 6. Kapitel von Vilmar/Sattler (Anm. 7), S.127-159. Monographisch dazu der Sammelband: Menschenwürde im Betrieb. Modelle der Humanisierung und Demokratisierung der industriellen Arbeitswelt, hgg. von Fritz Vilmar, 3. Aufl., Reinbek 1975.

[51] Als Beispiel und Prototyp für eine ganze Literatur sei genannt L.E. Davis/J.C. Taylor, The

Design of Jobs, London 1972. Als Gegenbeispiel kritisch-konstruktiver Rezeption dagegen Fritz Vilmar, Sozio-technische Optimierung der Arbeitsorganisation als innovatives Potential, in: Ch.Bartsch/I.Delbrouck (Hrsg), Neues Personal in Neuer Arbeit. Konzepte und Modelle innovativ organisierter Arbeit in den Neuen Bundesländern, München/Mering 1998, S. 14 - 25.

[52] Zu diesem sehr wesentlichen, in der „bürgerlichen“ Humanisierungsdiskussion meist links liegen gelassenen Teilbereich haben Tarifexperten einiger Gewerkschaften konkrete Konzepte erarbeitet und teilweise in Modellbetrieben umgesetzt. Vgl. dazu Hans Mayr (damals 2. Vors. Der IG Metall), Humanisierung der Arbeit durch gewerkschaftliche Tarifpolitik, in: Heinz Oskar Vetter (Hg), Humanisierung der Arbeit als gesellschaftspolitische und gewerkschaftliche Aufgabe, Frankfurt/Köln 1974, S. 155ff.

[53] Ich verweise hier nur auf die thematischen Schwerpunkte in der oben (Anm. 9) bereits zitierten Theorie des Ökosozialismus von Strasser und Traube: Die Wirtschaftsordnung des Ökosozialismus (249ff.); Wege zu einer bedürfnisgerechteren Technik (308ff.); alternative Energie- und Verkehrspolitik (328ff.); die Zukunft der Arbeit (364ff.) Als grundlegendes Werk gilt bis heute Lutz Wicke, Umweltökonomie, Wiesbaden 1993.

[54] A.a.O (Anm. 13), S. 140f. Die Warnung Zinns vor einer Dezentralisierungsromantik in Karl Georg Zinn, Dezentrale Marktproduktion oder Planung? - Eine falsche Fragestellung, in: K-E. Lohmann (Hrsg.), Sozialismus passé? (Argumente Sonderband 135) Berlin 1985, S. 150ff.

[55] Es kann und muß aber auch betont werden, daß es nach wie vor erhebliche wissenschaftliche Forschungsdesiderata gibt, auf die wir teilweise bereits in unserer Monographie (Anm. 8), S. 14-18, hingewiesen haben.

[56] Karl Georg Zinn (Anm. 53), Planung ohne Planwirtschaft, S. 158ff.

[57] Karl Georg Zinn, Machtfrage Vollbeschäftigung, in: Sozialismus, 3/98, S. 14f.

[58] Robert Wilbrandt, Sozialismus, Jena 1919, S. 108

Published with the permission of the author by EURODOS: Paris; 2010. <http://eurodos.free.fr/mime>